



<https://www.buergersignale.de>



Veröffentlicht von der Goscherei



Mail:

goscher@buergersignale.de

Offener Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz, an alle Bundesminister und alle Bundestag Abgeordneten.

Thematik: Rentenreform

Wer 45 Jahre arbeitet, darf im Alter kein Bittsteller sein

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Minister und Ministerinnen,
sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

wie kann es sein, dass Menschen in Deutschland ein Leben lang arbeiten – und am Ende nicht wissen, ob ihre Rente zum Leben reicht? Wie kann es sein, dass diejenigen, die dieses Land aufgebaut haben, im Alter Angst vor Armut haben müssen? Das ist ein Systemproblem.

Millionen Bürger verlieren gerade das Vertrauen in die Rentenpolitik.

Und das hat einen einfachen Grund: Es fehlt an Klarheit, an Sicherheit – und an Respekt gegenüber der Lebensleistung der Menschen.

Ich stelle deshalb eine klare Forderung:

Wer 45 Jahre gearbeitet hat, muss im Alter von seiner Rente leben können – ohne Angst, ohne Bürokratie, ohne Abhängigkeit von Grundsicherung. Alles andere ist ein politisches Versagen.

Ich und die Bürger fordern Sie auf:

- Schaffen Sie eine verlässliche, verständliche und faire Rentenregelung.
- Legen Sie offen, wie hoch Renten in Zukunft realistisch sein werden.
- Beenden Sie die Unsicherheit für Millionen Bürger.

Die Menschen in diesem Land haben ihren Teil geleistet. Jetzt ist die Politik am Zug.

Im Namen vieler Bürgerinnen und Bürger, die nicht länger warten wollen.

Wir erwarten eine klare Antwort.

Meine Fragen:

Warum eine Rentenkommission?

Im Bundestag sitzen über 600 Abgeordnete, im Ausschuss Arbeit und Soziales sitzen 42 Mitglieder, im Ministerium arbeiten ca. 1400 Mitarbeiter.

Ist denn da niemand in der Lage einen vernünftigen Reformvorschlag zu unterbreiten.

Meine Gedanken:

Was man aus den einschlägigen Medien erfahren kann, ist nicht berauschend und hat das Wort Reform nicht verdient. Altersgrenze hochsetzen, Frühverrentung stoppen, Beiträge erhöhen, etc.

Einführung einer Aktienrente, die aber meiner Meinung nach, stark die Interessen von Anbietersgesellschaften berücksichtigt, um deren Gewinnen zu erhöhen.

So soll die 48% Vorgabe gesichert werden.

Warum schaut man nicht nach links und rechts in andere Länder, die ein vernünftiges Rentensystem haben.

Warum kann man keine Jahrhundertreform einführen, die Dauerbestand hat und den Rentnern ein vernünftiges Einkommen sichert und den Staat von Zuzahlungen zur Rente entlastet.



<https://www.buergersignale.de>



Veröffentlicht von der Goscherei



Mail:

goscher@buergersignale.de

Ich schlage vor, schaut doch mal in die Schweiz und befasst euch mit dem System – Grundsicherung im Umlageverfahren und betriebliche Vorsorge mittels Pensionskassen.

Kurz erläutert, in der Schweiz hat ein Rentner eine Rente in Höhe von ca. 70 % seines letzten Nettolohnes – einerseits aus der Grundversorgung AHV und andererseits Auszahlungen aus der Pensionskasse.

Die Beiträge sind etwas höher als bei unserem System, aber jeder würde doch ein paar Prozent mehr in Kauf nehmen, wenn er eine Rente in Höhe von 70% seines letzten Nettolohnes erhält.

Beiträge AHV: Arbeitnehmer 5 %, Arbeitgeber 5 %.

Pensionskasse: Arbeitnehmer mind. 7%, Arbeitgeber mind. 7%, viele bezahlen freiwillig für gute Arbeitnehmer bis zu 10%, teilweise auch bis zu 15%, in die Pensionskasse ein.

Die Pensionskassen sind an strenge Regeln gehalten.

Die wichtigsten Vorschriften stammen aus:

- **BVG (Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge)**
- **Verordnungen zur BVG**
- **Reglemente der einzelnen Pensionskassen**
Jede Pensionskasse darf zusätzlich eigene, strengere Regeln festlegen, solange sie mindestens die BVG-Mindeststandards erfüllen.

Es gibt in der Schweiz:

Viele **Pensionskassen** sind **berufliche Vorsorgeeinrichtungen**, die direkt vom Arbeitgeber oder einer Stiftung verwaltet werden. Die Verwaltungskosten werden transparent ausgewiesen, z. B. Verwaltung, Anlagekosten, Risikoanteile. Gesetzliche Pflicht: Transparente Offenlegung der Kosten.

Wenn eine Pensionskasse **von einer Versicherung angeboten** wird, z. B. **Sammelstiftungen von Versicherern**, kann es sein, dass **Makler oder Berater Provisionen** erhalten, z. B.:

- Einmalige Abschlussprovision (Einmalprämie oder % des Altersguthabens)
- Laufende Verwaltungsprovision (jährlich vom verwalteten Guthaben)

Diese Kosten sind in der Regel indirekt im Deckungsbeitrag oder den Verwaltungsgebühren enthalten, sie werden nicht direkt vom Versicherten gezahlt, **aber wirken sich auf die Rendite aus.**

Deshalb werden die o.g. beruflichen, stiftungsgebundenen, Kassen bevorzugt.

Wen's interessiert, dem kann ich gerne det. Infos zusenden.

Und noch was Gutes:

Beamte, Selbstständige und Abgeordnete können in dieses System integriert werden, denn jeder kann 70% seines Nettoverdienstes an Rente erhalten, also keiner muss Einbußen hinnehmen.

Und das Beste daran ist: der Staat muss keinen Zuschuss mehr leisten, wie bis dto. bei unserem System, da muss doch jedem Entscheidungsträger das Licht aufgehen.

Der Staat spart ca. über 100 Mrd. Euro Bundeszuschuss zur Rente und er spart ca. 65 Mrd. Euro für Beamtenpensionen und Hinterbliebenenversorgung.

Mir ist bewusst, dass dies ein Jahrhundertprojekt ist, aber es ist durchführbar, wenn man denn will. Wenn von Nöten kann ich auch unterstützend helfen.



<https://www.buergersignale.de>



Veröffentlicht von der Goscherei



Mail:

goscher@buergersignale.de

Deshalb meine Forderung:

Beraten Sie die Möglichkeit des Schweizer Vorbildes in einer öffentlichen Anhörung, auch hätte sich ja die Rentenkommission damit befassen können. Auch Alternativen können diskutiert werden, die ein ähnliches Erfolgsmodell sein könnten, aber immer im Sinne einer vernünftigen Altersvorsorge.

Die Anhörung muss durch alle Medien verfolgbar sein, damit sich der Wähler ein Bild machen kann, welcher Partei es am Herzen liegt, dass man im Alter von seiner Rente leben kann – ohne Angst, ohne Bürokratie, ohne Abhängigkeit von Grundsicherung.

Legen Sie einfach Parteiplänkel ab und denken an die gute Sache.

Ich bin auf Antworten gespannt und wünsch mir positive Antworten.

Liebe Grüße an Alle

Goscher Kurt Schmid 

Noch eine Frage Zum Schluss:

Warum wird erst jetzt über eine Reform der Rente diskutiert.

Schon vor 30 Jahren und mehr haben alle Versicherungsgesellschaften Lebensversicherungen angeboten, mit dem Hinweis auf den demografischen Faktor, schön mit Grafiken dargestellt, wie sich die Altersstruktur entwickelt. Und sie haben Recht gehabt.



Nur die Politik hat überhaupt nicht reagiert, hat einfach einen auf die drei gemacht, nichts sagen, nichts sehen und nichts hören, also einfach nichts tun. WARUM, gibt's eine Antwort darauf???????

Es gibt noch viel Informatives zu lesen.

Einfach mal reinschauen und vielleicht sendest du auch bald Signale an die Politik.

<https://www.buergersignale.de/>

WILLST DU MIT MIR GEH'N ?

Bis später – Kurt der Goscher.

mail: goscher@buergersignale.de

Link zum Download des Briefes:

<https://goscherei.de/offenerbriefrentenreform.pdf>